

19 000

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XV/287 - 17. Dezember 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Lastenausgleich bis 1969 !</u> Verzögerungen nicht entschuldbar Von Richard Reitzner, MdB	89
3	<u>"Feuerwehrtataillon" - atomar ausgerüstet oder nicht ?</u> Widersprüche in offiziellen Verlautbarungen	26
4	<u>Engstirnigkeit des Bundespostministeriums</u> ... und der Zuschauer zahlt	44
5 - 6	<u>Das Chaos in Laos</u> Kommunistische Revolution im "Land der Millionen Elefanten" Von Erwin Erasmus Koch	82

* * * * *
* * *

Lastenausgleich bis 1969!

Von Richard Reitzner, MdB

Am Freitag, dem 16. Dezember 1960, ist in Erster Beratung der von der Fraktion der SPD eingebrachte Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes, Drucksache 2078, verabschiedet worden. An den Lastenausgleichsausschuss ist gleichzeitig ein Entwurf der Bundesregierung, der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU/CSU überwiesen worden. Der Antrag der SPD ist von den Bundestagsabgeordneten Ernst Zühlke, Lisa Korpeter und Reinhold Rehs begründet worden.

Bereits im Juni 1960 hat die SPD diesen Entwurf zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes der Öffentlichkeit vorgelegt und damit die lange LAG-Windstille unterbrochen. Die Reaktion bei den Geschädigten und den Verbänden war sehr stark und positiv. Schliesslich wurde die Regierung gezwungen, auch selbst einen Entwurf vorzulegen. Der Regierungsentwurf kam nicht nur sehr spät, er kann höchstens als eine Diskussionsgrundlage verwendet werden. Er ist als Ganzes gesehen unbefriedigend und nur ein Versuch, sich eines schlechten Gewissens zu entbinden. Der Regierungsentwurf beinhaltet höchstens ein Drittel der Forderungen der Vertriebenen- und Geschädigtenverbände. Die entscheidend wichtigen Fragen sind in der Vorlage nicht oder nur unzulänglich berücksichtigt worden.

Bundesvertriebenenminister Dr. von Merkatz hat in einer Jungfernsprache den Regierungsentwurf begründet. Er hat zugegeben, dass die Leistungen hinter der wirtschaftlichen Entwicklung herlaufen. Es ist zu hoffen, dass die Regierungspartei während der Beratungen im Ausschuss bei dieser Einsicht bleibt. Schliesslich kann man sich nicht darauf beschränken zu sagen, was alles getan wurde. Der Minister hat natürlich mit Zahlen aufgewartet. Die Regierung und die Regierungspartei müssen aber klarmachen, was sie in der Zukunft zu tun gedenken. Der Prüfstein ihrer Versicherungen und guten Worte wird der Gesetzentwurf der SPD sein. Bei der Beschlussfassung wird es sich entscheiden, wie weit die CDU/CSU bereit ist, ihre Versprechungen einzulösen.

Der SPD-Antrag ist eine bedeutsame Angelegenheit. Die SPD-Bundestagsfraktion sieht ihren Entwurf noch nicht als endgültige Regelung an; eine baldige und endgültige Regelung ist aber anzustreben, denn das Lastenausgleichs-Schlussgesetz soll auch der Festigung der wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Bundesrepublik dienen. Deshalb hat die SPD in ihrem Antrag die sozialen und Entschädigungsleistungen miteinander sinnvoll verbunden. Der SPD-Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes zeigt folgende Schwerpunkte:

- 1) Eine Erhöhung der Hausratsentschädigung in jeder Gruppe um durchschnittlich 20 Prozent,
- 2) Verbesserungen für die Unterhaltshilfe und die Entschädigungsrente
 - a) Angleichung an die Rentenerhöhungen, und Erhöhungen auf DM 160,-- (Mann), DM 80,-- (Frau), DM 55,-- (Kind)
 - b) Hineinwachsen auch der Jahrgänge bis 1906 (Männer) und 1911 (Frauen)
 - c) Ermässigung der Anrechnungsbeträge bei gleichzeitiger Hauptentschädigung
 - d) die fällig werdenden Zinsen sind jeweils am 1.4. und 1. 10. auszuführen
 - e) das Problem der Altersversicherung der ehemaligen Selbständigen bei den Vertriebenen und Flüchtlingen muss gelöst werden.

Ein sehr wesentlicher Teil der Vorschläge im SPD-Antrag gilt der Verbesserung der Hauptentschädigung. Für die untersten Schadensgruppen wird die Vollausszahlung auf DM 7 200,-- und eine dementsprechende Erhöhung der weiteren Schadensbetragsgruppen um ca. 20 Prozent gefordert, die in den höheren Gruppen auf 12 Prozent herabsinkt. In der Endgruppe soll jedoch eine Entschädigung von 6,5 Prozent erhalten bleiben.

Schliesslich sind Zuschläge zu den landwirtschaftlichen und den forstwirtschaftlichen Einheitswerten, den Grundvermögen und den Betriebs-Einheitswerten sowie eine Anhebung der Entschädigungssätze notwendig. Darüber hinaus müssen auch die willkürlichen Stichtagsvoraussetzungen erleichtert werden.

Der Wegfall willkürlicher Stichtage, die Gleichziehung der Hausratshilfe, die Freistellung der Sowjetzonenflüchtlinge von den Vermögensabgaben zum Lastenausgleich sind u.a. berechtigte Hauptanliegen der Sowjetzonenflüchtlinge. Diese Forderungen, sowie die Wünsche nach einem Beweissicherungsgesetz und die Änderung des § 3 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes mit dem Ziel der Gleichstellung finden die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion.

Lastenausgleich und Wiedergutmachung sind Teile der Hitler-Zeche, die von jenen bezahlt werden sollten, die leistungsfähig sind. Heute zeigt sich auch, wie kurzfristig es gewesen ist, die Vermögensabgabe für den Lastenausgleich auf den Vermögensstand vom Währungsstichtag 1948 zu fixieren. Diese Regelung schuf unelastische und einschränkende Verhältnisse auf der Einnahmenseite, denn Wirtschaftsaufschwung und Einkommenszuwachs sind nicht oder nur unzureichend berücksichtigt worden. Indem man den Lastenausgleich aussserhalb des Bundeshaushaltes unter Bundesaufgaben gestellt hat, mussten Einnahmen und Ausgaben immer aufeinander abgestimmt, notwendige Leistungen an die Geschädigten konnten nicht erfüllt werden. So trennte man, was eigentlich zusammengehörte. Die Isolierung des Lastenausgleichs ist daher nicht weiter aufrechtzuerhalten.

Der SPD geht es dabei nicht um einen Wettlauf unerfüllbarer Versprechungen. Die 13. Novelle der SPD zum Lastenausgleichsgesetz ist eine Hoffnung und ein allgemeiner fester Begriff geworden. Wenn es nach der SPD geht, wird es keine Enttäuschungen geben.

"Feuerwehrcapitalien" - atomar ausgerüstet oder nicht ?

Widersprüche in offiziellen Verlautbarungen

sp - Am 13. Dezember 1960 schrieb die "Bundeswehr-Korrespondenz", die mit offizieller Unterstützung des Bundesverteidigungsministeriums herausgegeben wird, zum Thema "NATO-Feuerwehr":

"Von einer Ausrüstung als Atomtruppe kann keine Rede sein."

Am 14. Dezember kann man in der französischen Ausgabe des Bonner Regierungs-"Bulletins" zur gleichen Frage lesen:

"In Wirklichkeit denkt man in politischen Kreisen Bonn, daß nur einige Bataillone, und zwar nicht das deutsche Bataillon, mit Atomwaffen und Raketen ausgestattet würden."

Am 17. Dezember steht in der Hamburger Zeitung "Die Welt" in Form der Wiedergabe eines "Welt"-Gesprächs mit Bundesverteidigungsminister Strauß:

"Ob das deutsche Bataillon zusätzlich zu den schweren Waffen noch mit atomaren Mehrzweckwaffen ausgerüstet wird, ließ der Minister offen. General Norstad soll die Entscheidung darüber treffen. Falls Norstad solche Waffen wünscht, ist an eine Ausrüstung der Fallschirmjäger entweder mit Raketen vom Typ Honest John oder mit amerikanischer Atomartillerie vom Kaliber 203 mm gedacht. Das Geschütz, mit dem schon einige Batterien der Bundeswehr in aller Stille ausgerüstet worden sind, kann sowohl herkömmliche als auch atomare Munition verschießen. Wie bei allen anderen Mehrzweckwaffen liegen die atomaren Sprengköpfe unter amerikanischem Verschluss."

Was ist nun richtig? Die von der "Welt" wiedergegebenen Erklärungen des Verteidigungsministers, oder die Behauptungen des französisch-sprachigen "Bulletins" und der "Bundeswehr-Korrespondenz" ?

Engstirnigkeit des Bundespostministeriums

J.F.W. - Falls die Bundesregierung Vernunft annimmt, und ihren Kampf gegen die Fernsehpläne der Rundfunkanstalten einstellt, werden wir im kommenden Jahr drei Fernsehprogramme sehen können. Das Vergnügen an diesem vergrößerten Angebot wird für den Zuschauer allerdings nicht nur durch die Ausgaben getrübt, die ihm für die erforderlichen Einbauten in seinen alten Empfänger oder die Mehrkosten entstehen, die ein neues, für Band IV und V vorbereitetes Gerät erfordert. Er wird sich außerdem noch für das zweite und dritte Programm neue zusätzliche Antennen kaufen müssen.

Hier hat die Industrie jetzt eine Breitbandantenne entwickelt, die technisch ausreicht, um Sendungen über alle UHF-Fernsehbereiche, also die Frequenzbereiche, in denen das zweite und dritte Programm ausgestrahlt werden wird, aufzunehmen. Bei Benutzung dieser Geräte ist für die beiden neuen Programme zusammen nur eine zusätzliche Antenne erforderlich.

Die Sache hat allerdings einen Haken, und zwar einen sehr wesentlichen: Um mit dieser einen Antenne beide Programme empfangen zu können, ist Voraussetzung, daß die Wellen im gleichen Winkel einfallen, die Sender für das zweite und dritte Programm an jedem Empfangsort also annähernd den gleichen Standort haben. Die Rundfunkanstalten haben deshalb schon vor langer Zeit der Post eine Zusammenarbeit beim Aufbau der Sender für das von der Bundesregierung geplante zweite und ihr eigenes drittes Programm angeboten. Leider hat aber die Post, getreu der Parole Adenauers, ihre Fernsehpläne nicht zusammen mit den Anstalten, sondern gegen diese entwickelt.

Die Kosten dieser Engstirnigkeit müssen die Fernsehzuschauer tragen. In den meisten Fällen werden sie nun zu ihrer Antenne für das erste Programm doch zwei weitere Antennen für die beiden neuen Programme benötigen. Die Sender für das zweite und dritte Programm werden meist in verschiedenen Richtungen liegen, weil die Post ihre Sender ohne Rücksicht auf die Pläne der Rundfunkanstalten errichtete. Die Hoffnung, mit der Breitbandantenne Geld zu sparen, bleibt durch die Schuld der Bundespost für die meisten Fernsehteilnehmer eine Illusion.

Eine UHF-Antenne kostet mit Montage, je nach den Empfangs- und baulichen Verhältnissen, zwischen 50,- und 200,- DM. Bleiben wir bei dem niedrigen Satz von 100,- DM pro Antenne und nehmen wir - was sehr optimistisch gerechnet ist - an, daß von den fünf Millionen Fernsehhaushalten des Frühjahrs 1961 nur die Hälfte zwei statt einer Zusatzantenne benötigt, so kommen wir auf einen Betrag von 250 Millionen DM.

Mit diesen 250 Millionen DM - tatsächlich wird die Summe noch erheblich höher liegen - müssen die Zuschauer die verfehlte Fernsehpolitik der Bundesregierung bezahlen. Beim Kauf der neuen Antennen sollten sie daran denken.

Das Chaos in Laos

Von Erwin Erasmus Koch

Der Bürgerkrieg im fernen Laos, im alten Xane Lang, dem "Land der Millionen Elefanten", könnte jederzeit, über Nacht, zu einem "zweiten Korea" werden. Politische Beobachter in Bangkok, Saigon und Singapur verhehlen Befürchtungen dieser Art keineswegs mehr. Eine sowjetische Note beschuldigte die Vereinigten Staaten, dass sie "die Rebellengruppe Nosavan" durch Waffenlieferungen und Dollarhilfe unterstützt hätten. Amerikanische Diplomaten in Bangkok erklärten andererseits, die Sowjetunion leiste den Truppen des Auführers Kong Le und der Pathet Lao-Untergrundbewegung militärischen Beistand. Wie immer in solchen Fällen machte einer den anderen für die "Folgen der Binnmischung" verantwortlich. Ein ernster Konflikt mit unübersehbaren Möglichkeiten seiner Ausweitung droht. - Wie aber ist die Lage in Indochina?

Der weiche Unterleib Asiens

Hinterindien, die grosse Länderbrücke im Süden der Volksrepublik "Tschung-hua Jen-Min Kung Ho-kwo", so lautet die offizielle Bezeichnung Rot-Chinas, Hinterindien, der weiche Unterleib Asiens, gehörte noch vor hundert Jahren zum zerfallenden Reich der Mitte. Seitdem wurde es durch England und Frankreich "kolonisiert", in Interessensphären aufgeteilt und "erschlossen", soweit es sich um die Ausbeutung seiner reichen Rohstoffvorkommen handelte, um Zinn und Kautschuk, Reis und Edelhölzer. Im übrigen blieben sich seine Völkerschaften, die Thai, Annamiten und asiatischen Rassengemische, selbst überlassen. Allerdings änderten die beiden Weltkriege den kolonialen Status. Indochina erhielt 1954 die politische Selbständigkeit, jedoch wiederum unter Abgrenzung von "Einflusszonen". Vietnam wurde beiderseits des 17. Grads nördlicher Breite in das kommunistische Viet Minh und das südliche Staatsgebilde aufgeteilt, das den Namen Süd-Vietnam führt. Die Königreiche Laos, Thailand und Kambodscha sollten sich dagegen "neutralistisch" verhalten. Der politische Kurs dieser Staaten blieb in der Schwebe, immerhin lehnte sich Thailand aber wirtschaftlich an die USA und militärisch an die "South East Asia Organization" (SEATO) an.

Asien den Chinesen?

Unterdessen fand sich Mao Tse-tung, der "starke Mann Chinas, keineswegs mit dem Status quo ab. "Asien den Asiaten", diese Forderung war

recht und billig, aber "Asien den Chinesen!" entsprach weit mehr dem Expansionsdrang der kommunistischen Revolutionäre in Peking. Der Westen hatte lange nicht die Worte Maos ernst genommen, dass der Kommunismus den gesamten gewaltigen Kontinent erobern werde, Indien und Indochina selbstverständlich eingeschlossen. Vielmehr vertraute die SEATO auf ihre militärische Überlegenheit, wenn auch niemand genau wusste, ob China bereits Kernspaltungswaffen oder sogar Wasserstoffbomben besitzt. Jedenfalls gab die Volksrepublik in dieser Hinsicht vielfach erörterte Rätsel auf, die fortbestehen.

Militärische Machtentfaltung Chinas

Mao Tse-tung bewies, gleich wie weit seine atomare Rüstung geüben sein mag, dass es ihm mit militärischer Machtentfaltung ernst war. 1960 meldeten westliche Nachrichtendienste einen Aufmarsch kommunistischer Verbände in Jünan, der südlichen Provinz des Reichs "der gelben Erde". Zur gleichen Zeit begannen in Hinterindien die Unruhen, sie bezweckten zunächst nur eine Aufweichung des Status quo. Birma besiegelte die Freundschaft mit China durch den Abschluss eines "Beistandspaktes", die kommunistische Untergrundbewegung Pathet Lao, eine Gründung des einst gegen die französischen Usurpatoren kämpfenden Revolutionärs Ho Tschü Minh, sein eigentlicher Name war Nguyen Ai Quoc, schürte den Aufbruch auch in Süd-Vietnam und Thailand, von Kambodscha und Laos ganz zu schweigen. Ho Tschü Minh (niemand vermag zu sagen, wo er sich neuerdings eigentlich befindet) wusste, dass hinter ihm die stärkste kommunistische Partei der Welt stand (und steht), nicht etwa die KP der UdSSR, sie hat nur neun Millionen Mitglieder, sondern die KPCh, die kommunistische Partei Chinas mit fünfzehn Millionen eingeschriebenen Anhängern.

Allmählich loderte die "gelbe Revolution" zu kleineren Feuerstößen auf, bis sie dann in Laos zum Brandherd wurde, was wiederum nicht von ungefähr geschah. Denn Laos, das Dschungelkönigreich, grenzt unmittelbar an China, Nord-Vietnam und Birma. Es könnte daher jederzeit von seinem "grossen Freunde" überrollt werden, dann etwa, wenn eine "legale" kommunistische Regierung in Vientiane um den "Schutz" Chinas bäte.

Ein zweites Korea?

Die bisherige Geschichte des Aufstandes in Laos ist im übrigen kurz und verwerren. Sie begann vor wenigen Monaten mit dem versuchten, dann wieder gescheiterten und darauf dennoch erfolgreichen Putsch des Fallschirmjäger-Hauptmanns Kong Le. Die Hauptstadt Vientiane wurde zum Kampfplatz der Einheiten des dem Westen verbündeten Generals Nosavan und der Verbände Kong Le's, die mit der Pathet Lao plötzlich gemeinsame Sache machten. Seine Hoheit, der Prinz Souvanna Phouma, vor kurzem noch "neutralistischer" Ministerpräsident, floh nach Kambodscha. Die "legale" Regierung übernahm ein gewisser Bun Um, den der General Nosavan stützt. So stehen die Dinge heute, und sie können morgen schon gänzlich anders, wiederum ernster, aussehen.

Die bange Frage bleibt: Wird Laos - oder wird Hinterindien überhaupt - ein "zweites Korea"? Der Brand wäre dann nicht so leicht zu löschen, wie es einst auf der Halbinsel, dem "Land der Morgenstille", geschah.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel